Frauenpolitik und Frauenbilder in bundesdeutschen Parteien

Autor(en): **Meyer, Birgit**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **46 (1990)**

Heft 4

PDF erstellt am: **17.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-844467

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Frauenpolitik und Frauenbilder in bundesdeutschen Parteien

In der Beilage zur Wochenzeitung 'Das Parlament' untersucht *Birgit Meyer* das Frauenleitbild und die Frauenpolitik der wichtigsten Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Auch wenn vieles im neuen Deutschland bald ändern mag, bietet diese Studie mehr als nur harmlose historische Überlegungen. Wir drucken im folgenden einige Schlüsselpassagen ab in der Hoffnung, Schweizer Forscher(innen) legen uns möglichst bald ähnliche Analysen unserer Parteien vor. Im übrigen ist es reizvoll, die bundesdeutsche Wirklichkeit mit den Forderungen von 'Nehmen Sie Platz, Madame' zu vergleichen.

Frauenforschung liegt auch nördlich des Rheins teilweise im argen, gibt es doch 'keine einzige systematische vergleichende Untersuchung zur Frauenpolitik der bundesdeutschen Parteien seit dem Bestehen der Bundesrepublik'. Die Autorin fragt sich: 'Ist die derzeitige grössere Offenheit der Parteien gegenüber Frauen und ihren Themen ein Beweis der politischen Lernfähigkeit oder nur ein geschickt inszenierter Akt der Beschwichtigung?' Wie sieht es nun im einzelnen aus? Unsere Auszüge beschränken sich auf die allerneueste Zeit.

CDU/CSU

Innerparteilich hat die CDU mehrere Parteitagsbeschlüsse gefasst, die eine Beteiligung von Frauen an politischen Mandaten und Ämtern in den neunziger Jahren entsprechend ihrem Mitgliederanteil anvisieren. Quotierungsprogramme werden allerdings abgelehnt. Die Union setzt auf Freiwilligkeit, 'Partnerschaft' oder 'Wahlfreiheit' . . .

Nach wie vor wird Frauenpolitik eng an Familienpolitik gekoppelt. Der Abbau von Sozialleistungen soll durch verstärktes ehrenamtliches Engagement von Frauen in der Familie aufgefangen werden. In Programmen, Informationsdiensten und Parteitagsreden wird Frauenpolitik mit Massnahmen für Mutter und Kind in eins gesetzt.

Insgesamt haben CDU und CSU frauenpolitisch dazugelernt. Sie präsentieren nicht mehr das allein glücklich machende Leitbild von guter Mutterschaft und heiler Familie. Sie formulieren Partnerschaft und Doppelbelastung, Gewalt gegen Frauen und Gleichwertigkeit der Arbeit in Familie und Beruf. Es wäre zu einfach, den in Reden, Parteitagsbeschlüssen und Gesetzen zum Ausdruck kommenden Wunsch nach Aufwertung der Rolle von Frauen und Müttern sowie die zunehmende Anerkennung weiblicher Erwerbstätigkeit als bloss dekorative Rhetorik abzutun . . . Die CDU betont einerseits etablierte Normen und hält an einer klassischen Rollenverteilung in Ehe und Familie fest. Andererseits favorisiert sie in der Wirtschaft, der Technologieent-

wicklung oder am Arbeitsmarkt modernisierungskonforme politische Instrumente, die an Fortschritt, Effizienz, Flexibilität ausgerichtet sind und somit tief in die Privatsphäre der Familie und auf die Lebensbedingungen und -chancen von Frauen und Männern einwirken.

FDP

1978 forderte die FDP in ihrem Gleichberechtigungsprogramm ein Antidiskriminierungsgesetz und war bis 1981/82 die einzige Partei, die sich für ein solches frauenpolitisches Schutzgesetz einsetzte. Der Koalitionswechsel von 1982 stellte die FDP vor neue Handlungszwänge . . . Da die Wirtschaftspolitik das wichtigste Terrain der FDP ist, werden hier auch die Weichen für die Frauenpolitik gestellt.

Die FDP präsentiert ein Frauenbild, das orientiert zu sein scheint am Modell einer gebildeten, qualifizierten, frauenpolitisch moderat auftretenden, gleichwohl dynamischen (Jung)Unternehmerin. Das frauenpolitische Profil der Liberalen ist widersprüchlich: Einerseits thematisieren sie heikle Problemlagen von Frauen – wie Vergewaltigung in der Ehe, Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, in der Werbung, der Politik –, andererseits werfen sie emanzipatorischen Ballast ab, wenn es um wirtschaftlichen Aufschwung geht . . . In der Koalition mit der CDU/CSU ist die FDP in diesem Zielkonflikt eher wirtschaftspolitischen Prioritäten gefolgt.

SPD

Die SPD reagierte in den achtziger Jahren zunehmend auf den ausserparlamentarischen Druck der Frauenbewegung und auf die immer entschiedeneren Forderungen von SPD-Frauen nach innerparteilicher Partizipation . . .

Noch in den siebziger Jahren hatte die SPD Quotenregelungen zur innerparteilichen Gleichstellung von Frauen mehrheitlich abgelehnt. Zehn Jahre später gibt es eine satzungsmässig vorgeschriebene Mindestrepräsentanz von Frauen bei der Vergabe von Parteifunktionen und Mandaten, die bis 1994 erreicht werden soll. In der SPD sind mit Abstand die meisten Frauen politisch organisiert. (1990: rund 250'000 Frauen, mehr als in allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien zusammen.)

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) hat bei der Formulierung frauenpolitischer Themen entscheidenden Anteil. Wichtigstes Anliegen ist ihr die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit der Forderung nach Verkürzung der täglichen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich für Mann und Frau . . .

Insgesamt hat sich die SPD frauenpolitisch emanzipiert. Der Quotenbeschluss berücksichtigt strukturelle Barrieren für Frauen und führt dazu, dass in wichtigen Parteigremien nicht nur 'Alibi'-Frauen zu finden sind und dass überproportional viele Neueintritte von (jüngeren) Frauen verzeichnet werden . . .

Nach wie vor lehnt die SPD den Ausbau von Teilzeitarbeitsplätzen ab, da diese wenig qualifiziert seien, kaum Aufstiegschancen böten und zu Zwecken der Rationalisierung missbraucht würden . . . Mit der klassischen Fixierung auf Vollzeiterwerbstätigkeit kann die SPD realistischerweise heute den vielen Frauen, die vor allem Teilzeitarbeit suchen, nicht helfen.

Grüne

Der relativ hohe Frauenanteil bei den Grünen ist darauf zurückzuführen, dass sich viele Frauen, die aus der Frauenbewegung stammen, politisch bei den Grünen engagierten. Eine gezielte Frauenförderung ist fester Bestandteil von Parteiprogrammatik und -struktur.

Durch ein Frauenstatut in der Satzung wollen die Grünen konkrete und vorbildliche Massnahmen ergreifen, um die Position von Frauen parteiintern zu stärken. Als wichtigste Massnahme gilt das Reissverschlussprinzip bei Wahllisten (ungerade Listenplätze stehen Frauen zur Verfügung), die paritätische Besetzung des Präsidiums und die Bildung der Bundesarbeitsgemeinschaft Frauen . . .

Die Themen grüner Frauenpolitik sind überwiegend deckungsgleich mit denen der Frauenbewegung . . . Ein erneuter Vorschlag der Grünen für ein Antidiskriminierungsgesetz, der eine Frauenquote von 50% bei allen Arbeitsplätzen sowohl in der privaten Wirtschaft als auch im öffentlichen Dienst vorsieht, wurde von der Mehrheit des Bundestages am 22. Juni 1990 abgelehnt (ein ebenfalls abgelehnter SPD-Entwurf beschränkte die Quotierung auf den öffentlichen Dienst) . . .

Das Frauenbild der Grünen ist orientiert an einer jugendlichen, selbstbewussten Frau, die Ihr Interesse an eigenständiger ökonomischer Absicherung durch Berufstätigkeit mit dem Wunsch nach gleichberechtigter Partnerschaft und Kindererziehung zu verbinden sucht. Die Frauen der Grünen stehen unter einem besonderen Leistungs- und Rechtfertigungsdruck. Bei rund 38% Mitgliederanteil sollen sie die Hälfte der Funktionen übernehmen.

Nachruf auf das 'Schweizer Frauenblatt'

Eine Trauerrede von *Susanna Woodtli*

Im Juli dieses Jahres ist das 'Schweizer Frauenblatt' gestorben. Still und unauffällig ist die Zeitung, die zuletzt den schönen Titel 'Zeitspiegel Frau' trug, eingegangen. Der misogyne Verlag gönnte der altehrwürdigen Zeitschrift (gegründet 1919) nicht einmal eine Abschiedsnummer; dabei war die Augustausgabe bereits gesetzt. Doch sie rentierte eben nicht!

Finanzielle Sorgen

Es ist Tatsache, dass kein Monatsheft – Fachbulletins ausgenommen – rentiert, das geistige Ansprüche stellt und nicht an Konsumations- und/oder Sensationslust appelliert. Solche Zeitschriften (ich denke an gelbe und rote Monatshefte) haben immer entweder Gönner oder sie zehren von einem Legat.

In diesem Punkt hatten es unsere welschen Schwestern besser. Ihre 'Femmes Suisses' (ehemals 'Mouvement Féministe') hatten von ihrer ersten Redaktorin Emilie Gourd die Vergabung einer grossen Summe erhalten (1946). So verbrauchten die Journalistinnen keine Zeit und Kraft, Inserenten und Abonnentinnen anzuwerben. Auch blieben sie von Verlagsansprüchen verschont.

Das Frauenblatt aber fand nie eine solche Gotte (hochdeutsch: Göttin). Es ist allerdings möglich, dass eine solche zwar existiert hat, aber ihre Nachlassvergabung von einem Manne hintertrieben worden war, wie es soeben mit den Legaten einer bekannten Berner Feministin